



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 10. März 2022  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 143. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 9. März 2022, 14:00 Uhr  
im Plenarsaal des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3652](#)

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durch. Der Wissenschaftliche Dienst sicherte die Übersendung eines Gutachtens bis Ende der Woche zu. Der Ausschuss nahm in Aussicht, dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**2. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3573](#)

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung durch und nahm in Aussicht, den Gesetzentwurf in der Sitzung am 16. März 2022 abschließend zu beraten.

**3. Entwurf eines Gesetzes zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 9. MÄStV HSH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3584](#)

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung durch und nahm in Aussicht, den Gesetzentwurf in der Sitzung am 16. März 2022 abschließend zu beraten.

**4. Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechts-extremismus sein**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2641](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6970](#)

Der Ausschuss beschloss, dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**5. Kommunalwahlrecht für alle einführen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3073](#) (neu)

**Für ein zeitgemäßes Wahlrecht**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3108](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/3073](#) (neu), zur Ablehnung.

Gegen die Stimmen der SPD mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Alternativantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/3108](#), zur Ablehnung.

**6. § 108 e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) verschärfen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3037](#)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag, [Drucksache 19/3037](#), zur Ablehnung.

**7. a) Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3187](#)

**b) Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3219](#)

Der Ausschuss beschloss, dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zu den Vorlagen zuzuleiten.

**8. Entwurf eines Gesetzes zur sozialen Sicherung von Helferinnen und Helfern unterhalb der Katastrophenschwelle**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3609](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, [Drucksache 19/3609](#).

**9. Soziale Bodenpolitik für Schleswig-Holstein: Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3210](#) (neu)

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag, [Drucksache 19/3210](#) (neu), für erledigt zu erklären. Die Landesregierung wird in der Sitzung am 20. April 2022 um Berichterstattung gebeten.

**10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein - MBG Schl.-H.)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3361](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, [Drucksache 19/3361](#).

**11. Entwurf eines Gesetzes über die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und die Opferschutzbeauftragte oder den Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein - Opferunterstützungsgesetz (OuG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3411](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/7295](#)

Der Ausschuss beschloss, dem Landtag zum März-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**12. Einführung eines Jugend-Checks für Gesetze und Verordnungen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3522](#) (neu)

Einstimmig schloss der Ausschuss sich im Vorwege dem Votum des Sozialausschusses an.

**13. Verschiedenes**

Der Ausschuss beschloss, dem Landtag zum März-Plenum zu folgenden Vorlagen Beschlussempfehlungen zukommen zu lassen:

- Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz ([Drucksache 19/3220](#)),
- Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes ([Drucksachen 19/3546](#) und [19/3564](#)).

Schluss: 16:50 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka